

Amt für Mobilität und Infrastruktur
2871/VIII

Gremium: Mobilitätsausschuss
Sitzung am: 30.11.2023

öffentlich

**Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“;
Antrag der SPD-Fraktion vom 28.7.2023, eingegangen am 5.9.2023**

Sachverhalt:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Aufnahme in die Städteinitiative ist am 5.9.2023 im Amt für Mobilität und Infrastruktur eingegangen und konnte daher inhaltlich nicht mehr im letzten Mobilitätsausschuss berücksichtigt werden.

Die Initiative wird in dem beigefügten Antrag beschrieben.

Aus Sicht der Verwaltung ist flexiblerer Handlungsspielraum bezüglich der Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen grundsätzlich positiv anzusehen, bringt allerdings auch das Risiko mit sich, dass durch flexiblere Anordnung einzelne Präzedenzfälle geschaffen werden. Neben Tempo-30-Zonen ist in Siegburg bereits an allen Bereichen und Straßen, wo es sinnvoll und rechtlich möglich ist bereits 30km/h angeordnet. Es wird der Hinweis mitgegeben, dass 30km/h an sinnvollen Stellen natürlich weiterzuverfolgen ist, aus verkehrstechnischen Gründen ist allerdings ein leistungsfähiges und übergeordnetes Verkehrsnetz mit entsprechender Funktion immer im Auge zu behalten.

Die Verwaltung weist außerdem darauf hin, dass der Bundestag bereits am 20.10.2023 einen Gesetzesentwurf gebilligt hat, welcher Länder und Kommunen ermächtigt, Änderungen der Straßenverkehrsordnung zu erlassen. Laut diesem erhalten Kommunen mehr Spielräume in der Umsetzung von Zielen des Klima- und Umweltschutzes, Maßnahmen zur Gesundheit und städtebaulichen Entwicklung. Neben mehr Flexibilität in der Bewohnerparkregelung soll die Anordnung von Tempo 30-Zonen erleichtert werden.

Der Bundesrat stimmt in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.11.2023 über den Gesetzesentwurf ab.

Angesichts der bereits laufenden Entwicklungen auf Bundesebene ist auf politischer Ebene zu entscheiden, ob ein Beitritt zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ gewünscht ist.

Dem Mobilitätsausschuss zur Beratung.

Siegburg, 15.11.2023

Anlage:

Antrag der SPD-Fraktion vom 28.7.2023, eingegangen am 5.9.2023